

Gefahr für die Menschenwürde – und für die Demokratie

Warum extrem rechte Parteien so gefährlich für uns alle sind

Neu sind die Pläne nicht: In der extrem rechten Szene ist seit Jahren offen die Rede davon, Menschen im großen Stil aus Deutschland vertreiben zu wollen. Pläne über Deportationen gehören fest zu ihrer Ideologie. Für Schrecken sorgt, wie weit sie in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Bei einem Geheimtreffen in Potsdam traf sich ein Netzwerk aus Mitgliedern der AfD, CDU und Werteunion, wie das Recherchenetzwerk Correctiv¹ aufdeckte. Diskutiert wurde ein „Masterplan“, wie sich die Massenvertreibung umsetzen lässt. Konkret wurden der Recherche zufolge drei Zielgruppen genannt: Asylbewerber*innen, Ausländer*innen mit Bleiberecht – und „nicht assimilierte Staatsbürger“. Mit anderen Worten: **Ein Aufenthaltsrecht geste-**

¹ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

hen die Rechtsextremist*innen nur noch denjenigen zu, die zum „deutschen“ Volk gehören und sich im Sinne ihrer völkisch-nationalistischen Ideologie verhalten.

Die rechte Szene verwendet für ihre Deportationspläne gerne den verharmlosenden Begriff der Remigration, um zu verschleiern, worum es wirklich geht: Millionen von Menschen sollen ihrer Menschenrechte beraubt und gegen ihren Willen vertrieben werden. Die Enthüllungen haben die Gesellschaft wachgerüttelt. Hunderttausende Menschen gehen seither auf die Straße, gegen Rassismus, Rechtsextremismus und für Demokratie, in Großstädten genauso wie in kleinen Städten auf dem Land. Die Proteste sind längst zu einer Massenbewegung angewachsen. Die Menschen haben erkannt, wie viel auf dem Spiel steht.

+ Rechte Szene im Aufwind +

Ein Verbotverfahren gegen die NPD scheiterte vor einigen Jahren einzig und allein daran, dass die rechtsextreme Partei zu bedeutungslos war. Die Verfassungsrichter*innen erklärten, dass die NPD keine Chance habe, an die Macht zu kommen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gefährden. Sieben Jahre später ist die Ausgangslage eine andere: Rechtsextreme Parteien propagieren offen menschenverachtende Parolen, wieder und wieder – auf der Straße, in den Medien und in den Parlamenten. Die vielen Tabubrüche sind eine bewusste Strategie der extremen Rechten: Die Grenzen des Sagbaren verschieben sich, Schritt für Schritt. Viele von ihnen tragen jetzt Anzüge, sind in Talkshows zu Gast, geben Interviews und setzen die Themen in der Politik.

Und sie haben Erfolg damit: Die AfD kommt in Umfragen bundesweit auf rund 20 Prozent, stellt in

Kommunen bereits Landrat und mehrere Bürgermeister*innen. Viele Menschen blicken mit großer Sorge auf die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst dieses Jahres. Der rechtsextreme

» Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. «

Artikel 1, Grundgesetz

AfD-Spitzenpolitiker Björn Höcke strebt danach, Ministerpräsident von Thüringen zu werden. Damit nicht genug. Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, bis vor kurzem noch Mitglied der CDU, hat mit der Werteunion seine eigene extrem rechte Partei gegründet – und will ebenfalls regieren. Ob ihm das gelingt, ist eine andere Frage. Doch alleine mit der Parteigründung trägt Maaßen dazu bei, rechte Parolen weiter salonfähig zu machen und ihnen ein konservatives Image zu verpassen. Er gilt als Türöffner für rechts-extreme Positionen in die bürgerliche Mitte.

Zudem tummeln sich in der Szene diverse rechts-extreme Kleinparteien, die inzwischen zumindest teilweise auch Anschluss an breitere Teile der Gesellschaft finden. Dazu gehören zum Beispiel die „Freien Sachsen“, die sich in erster Linie aus namenhaften Rechtsextremen aus dem Raum Chemnitz und dem Erzgebirge zusammensetzen.² Mit ihrem Protest gegen staatliche Schutzmaßnahmen während der Coronapandemie gelang es ihr nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes, Anschlussfähigkeit an nicht-extremistische Bevölkerungskreise herzustellen.³ Ziel sei dabei nicht sachliche Kritik an den staatlichen Maßnahmen gewesen. Vielmehr sei es in erster Linie darum gegangen, den Staat verächtlich zu machen und zu delegitimieren.⁴ In einem Flugblatt über die Coronapolitik in Belarus hieß es, dass es dort „ohne Lockdown ganz wunderbar geht“. Und weiter: **„Wenn ein ‚Diktator‘ seinem Volk die Freiheit bewahrt, während uns die ‚Demokraten‘ einsperren – wozu brauchen wir dann solche**

2 <https://www.deutschlandfunk.de/wer-sind-die-freien-sachsen-102.html>

3 ebenda

4 ebenda

‚Demokraten‘?“ Inzwischen organisiert die Partei vor allem Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte.⁵

Hinzu kommen weitere rechtsextreme Parteien, zum Beispiel die NPD-Nachfolgepartei „Die Heimat“, „Die Rechte“, „Der III. Weg“ und andere. Zwar ist ihre Reichweite äußerst gering, doch sie heizen vor Ort die Stimmung auf, hetzen gegen Geflüchtete und Politiker*innen und wirken vor allem lokal als geistige Brandstifter. Die Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung stellt fest, dass von ihnen ein hohes Gewaltpotenzial ausgeht.⁶

Fakt ist: Der Rechtsextremismus stellt die größte Gefahr für unsere Demokratie dar. Waren früher Neonazis in der Gesellschaft weitergehend verpönt, so sind rechtsextreme Positionen inzwischen kein Randphänomen mehr. Die Szene versucht gezielt, populäre Themen zu besetzen und inszeniert sich als Sprachrohr des sogenannten Volks – wer auch immer dazu gehört – gegen die vermeintlichen Eliten. Damit konnten rechtsextreme Parteien vor allem während der Coronapandemie viele Menschen auf ihre Seite ziehen, die sich vorher selbst in der Mitte der Gesellschaft verortet hatten. Sie verloren ihre Berührungängste nach rechts.

All diese Entwicklungen geben Anlass, sich die Frage zu stellen: Was passiert mit Deutschland, wenn rechtsextreme Parteien nach der Macht greifen und Einfluss gewinnen? Wie verändert sich das Klima in unserem Land? Wie viel sind Menschenrechte noch wert? Und was heißt das für unsere Demokratie?

5 <https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/pro-chemnitz-5067.html>

6 <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/extremismus-und-fremdenfeindlichkeit/die-extreme-rechte>

+ Menschenwürde in Gefahr +

Aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus wurde in Artikel 1 des Grundgesetzes klipp und klar festgelegt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Zudem heißt es in Artikel 16 der Verfassung, dass die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden darf. Doch seit die extreme Rechte in Deutschland auf dem Vormarsch ist, werden die Würde jedes einzelnen Menschen und die daraus in den Artikeln 2 bis 20 abgeleiteten Grundrechte immer offener in Frage gestellt. Zwar wird nicht mehr der Begriff der Rasse angeführt, sondern jetzt ist die Rede von Kultur und Ethnie. Doch letztendlich steht dahinter die Frage: **Wer darf in Deutschland sicher leben? Und**

wer nicht? Für wen gelten die Grundrechte? Und für wen nicht? Wer darf Sozialleistungen beziehen? Und so weiter.

Fester Bestandteil der rechten Ideologie ist, Menschen aus anderen Herkunftsländern als Bedrohung für das deutsche Volk darzustellen. Damit eng verknüpft ist der Mythos vom „Großen Austausch“. Hinter diesem rechten Kampfbegriff verbirgt sich die Verschwörungstheorie, dass die Einwanderung angeblich bewusst darauf abzielt, die weiße Mehrheitsbevölkerung zu ersetzen. Auch Hans-Georg Maaßen äußerte offen den Verdacht, ein wesentlicher Teil der Politik und Medien arbeite – angetrieben von einem „eliminatorschen Rassismus gegen Weiße“ und dem „brennenden

Wunsch dass Deutschland verrecken möge“ - an der Auslöschung weißer Menschen in Deutschland.⁷

Der Vorsitzende der Werteunion sprach in einem Interview von einer „ungesteuerten, millionenfachen Ansiedlung von Ausländern aus kulturfremden Regionen“ und setzte diese metaphorisch mit einer Krebserkrankung gleich.⁸ Unter der Überschrift „Chemotherapie für Deutschland“ forderte Maaßen „schmerzhaft Operationen“, um diese Ansiedlung rückabzuwickeln: „Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass dies nicht mehr mit Pülverchen und Mistel-Therapie möglich ist.“ Das rechts-extreme „Compact-Magazin“ lobte Maaßen daraufhin, er habe „einen Ton angeschlagen, den sich noch nicht einmal AfD-Politiker getrauen würden“.⁹ Was allerdings nicht der Wahrheit entspricht, denn auch die AfD findet erschreckend offene Worte.

Viele Stimmen in der AfD erklären unverhohlen, dass sie dabei auch nicht vor Gewalt zurückschre-

7 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/maassen-werteunion-partei-kontakte-extremisten-100.html>

8 <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/maassen-verfassungsschutz-106.html>

9 <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/maassen-verfassungsschutz-106.html>

cken. **Allen voran der rechtsextreme Spitzenpolitiker Björn Höcke.¹⁰ Seine Parole lautet: „Deutschland Stück für Stück zurückholen.“ Der Thüringer AfD-Chef verkündete bereits 2018 in seinem Buch, dass ein „großangelegtes Remigrationsprojekt“ notwendig sein werde. „Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ [...] herumkommen.** Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“¹¹

Auch wenn nicht alle Mitglieder extrem rechter Parteien zu so drastischen Worten greifen, so verstößt ihr Volksbegriff dennoch eindeutig gegen Artikel 1 des Grundgesetzes. Die deutsche Geschichte lehrt uns, wohin es führen kann, wenn Menschengruppen wegen ihrer Herkunft oder Religion pauschal abgewertet und diskriminiert werden. Rechtsextreme Parteien zeigen offen, dass sie nicht dem Grundgesetz verpflichtet fühlen. Kommen sie an die Macht, ist die Gefahr groß, dass sie – Schritt für Schritt – unsere Demokratie aushöhlen.

10 ebenda

11 ebenda

+ Warum die Demokratie nicht selbstverständlich ist +

Ja, rechtsextreme Parteien werden demokratisch gewählt. Aber das macht sie noch lange nicht zu demokratischen Parteien. Im Gegenteil. Auch wenn es schwer vorstellbar ist: Unsere Demokratie ist nicht in Stein gemeißelt, sondern muss immer wieder verteidigt werden. Zu den Grundpfeilern gehören eine unabhängige Justiz und freie Wahlen. Auch freie Medien spielen eine wichtige Rolle. All diese Prinzipien könnten rechtsextreme Parteien nach und nach aushebeln. Schon auf Landesebene ist viel möglich. So können die Länder unter anderem Einfluss auf die Justiz nehmen. Außerdem sind sie zuständig für Polizei- und Ordnungsrecht sowie Verfassungsschutz. Sie können

ins Rundfunk- und Presserecht eingreifen. Und auch Bildung und Kultur sind in ihrer Hand.

Kommt die Macht in die falschen Hände, sind düstere Szenarien denkbar. Die Gewaltenteilung lässt sich Stück für Stück aufheben, autoritäre Strukturen ersetzen demokratische Prozesse. Irgendwann lässt sich so eine Partei nur noch schwer abwählen, wie ein Blick nach Russland oder in die Türkei zeigt. Auch Ungarn verdeutlicht: Es braucht keinen Straßenkampf oder Militärputsch, um die Demokratie abzuschaffen. Sie bröckelt langsam. Zur Erinnerung: Auch Adolf Hitler kam nicht durch einen gewaltsamen Umsturz an die Macht, sondern durch einen regulären Regierungswechsel. Die NS-Diktatur ersetzte die Demokratie.

+ Warum die AfD eine Gefahr für die Demokratie ist +

Seit Jahren wird die AfD immer radikaler, gemäßigtere Kräften haben nichts mehr zu melden. Auch wenn sicher nicht alle Politiker*innen rechtsextreme Parolen teilen, so gibt die völkisch-nationale Szene um Björn Höcke klar die Marschrichtung vor. Die Parteispitze ist

eng verwoben mit rechtsextremen Personen. Ein Blick ins Parteiprogramm zeigt, dass die Partei sich Mühe gibt, nach außen nicht ganz so radikal aufzutreten und ihre wahren Absichten mitunter zu verschleiern. Viele Punkte klingen auf dem Papier gemäßigter, als sie in

der Realität verkündet werden. Das Landgericht Gießen erklärte vor einiger Zeit, dass die AfD offiziell als rechts-extrem bezeichnet werden darf.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft, ob die gesamte AfD als rechtsextrem eingestuft werden kann. Solange gilt die Bundespartei als Verdachtsfall. Als gesichert rechtsextrem eingestuft haben die zuständigen Verfassungsschutzbehörden der Länder nach Sachsen-Anhalt und Thüringen zuletzt auch den Landesverband der AfD in Sachsen.¹² Dabei stellte die Landesbehörde fest, dass sich zahlreiche Positionen gegen die

¹² https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Einstufung_AfD_Dezember_2023.pdf

+ Warum es gute Gründe für ein Verbot der AfD gibt +

Das Deutsche Institut für Menschenrechte kommt in einer Analyse zu dem Ergebnis: Von der AfD geht eine „erhebliche Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ aus.¹³ Die Partei verbreite rassistisches und rechtsextremes Gedankengut, das sich gegen die in Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes verbrieften Garantien richtet. Deshalb liegen seiner Auffassung zufolge die Voraussetzungen für ein Verbot nach Artikel 21 des Grundgesetzes vor. Ob ein Verbot schließlich sinnvoll ist oder nicht, ist zu diskutieren. Fest steht jedoch, dass so ein Verfahren viele Jahre dauern würde.

Nichtsdestotrotz sind die Argumente von zentraler Bedeutung. Das Gutachten argumentiert vor allem damit, dass die AfD den Kern des Grundgesetzes angreift: Die Würde aller Menschen. Ihrer Ideologie zufolge werde die „deutsche Kultur“, als Merkmal von Identität und Überlegenheit „von Generation zu Generation“ weitergegeben. In ihrem Leitantrag zum Sozialstaat beschränkt sie Hilfe und Solidarität „innerhalb unseres Volks.“ Deshalb wollten sie beispielsweise alle von der Altersrente ausschließen, die ihrer Ideologie zufolge nicht zum deutschen Volk zählten. Die Analyse zeigt auf, dass die AfD systematisch Menschen abwertet, die mangels „deutscher Identität“ nicht dazugehörten – und sie als „ernste Bedrohung“ bezeichnet. **Alexander Gauland, Ehrenvorsitzender der AfD, wird mit den Worten zitiert: „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“** Zudem attackierte er die Aussagen der damaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, zum Thema deutsche Leitkultur mit den Worten: „Das sagt eine Deutsch-Türkin.

¹³ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf

Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung richten und ihr rassistischer Volksbegriffs im Nationalsozialismus wurzelt. Migrant*innen würden von der AfD als Menschen zweiter Klasse angesehen und pauschal verächtlich gemacht. Die Islam- und Muslimfeindlichkeit des AfD-Landesverbandes drücke sich insbesondere dadurch aus, dass männliche Migranten aus dem arabischen Raum mit einer drastischen, angsteinflößenden Wortwahl pauschal öffentlich diffamiert und diskriminiert werden. Damit schürt der AfD-Landesverband fortwährend Ängste und Ressentiments und stellt offen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde in Frage.

Ladet sie mal ins Eichsfeld ein und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können.“

Zudem verbreitet auch die AfD immer wieder Verschwörungstheorien über einen „großen Austausch“, der zufolge die Migration bewusst darauf abzielt, das weiße-deutsche Volk zu ersetzen. **„Der Bevölkerungsaustausch läuft in Deutschland auf Hochtouren“, sagte etwa Gauland bereits 2018. „Wir sollen als Volk und als Nation allmählich aussterben“ und „für die Einwanderer arbeiten, damit die in Ruhe Kinder in die Welt setzen und den Bevölkerungsaustausch vollenden können.“**¹⁴

Das Gutachten verweist zudem darauf, dass sich die AfD offen zum Nationalsozialismus bekennt. Als Beispiel verweist die Analyse unter anderem auf ein Foto, das der AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter per WhatsApp verschickt habe: Darauf zu sehen sei ein Stahlhelmsoldat am Maschinengewehr, versehen mit der Aufschrift: **„Das schnellste deutsche Asylverfahren, lehnt bis zu 1.400 Anträge in der Minute ab!“**¹⁵

Als AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl wurde Maximilian Krah aufgestellt, der zum völkisch-nationalistischen Lager der Partei gehört und auf die Unterstützung von Björn Höcke zählen kann. Bei den Nominierungen wurde klar, dass sich die Partei weiter radikalisiert. **„Was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns vielmehr fürchten vor dem men-**

¹⁴ ebenda

¹⁵ ebenda

schengemachten Bevölkerungswandel, der das alte Europa zu einem Siedlungsgebiet für Millionen Afrikaner und Marokkaner umwandeln soll“, verkündete etwa Irmhild Boßdorf, die auf Platz 9 gewählt wurde.¹⁶ Und weiter: „Was wir brauchen, sind Pushbacks, egal, was der Europäische Gerichtshof dazu sagt.“ In seiner Rede betonte

¹⁶ <https://www1.wdr.de/nachrichten/impuls-afd-keine-normale-partei-100.html>

der AfD-Kandidat René Aust, auf Listenplatz 3: „Niemand betritt den Kontinent, von dem wir nicht wollen, dass er ihn betritt – wir werden ihn nicht zu eurer Heimat machen.“¹⁷

Solche Parolen vergiften das Klima in der Gesellschaft, stellen einen Angriff auf unser Grundgesetz dar – und zeigen klar, wo die AfD steht.

¹⁷ <https://www.nzz.ch/international/die-afd-will-eine-festung-europa-und-weniger-migration-ld.1749517>

+ Was die AfD konkret in Thüringen plant +

Ein Blick nach Thüringen zeigt, was die AfD konkret vorhat. **Der Landeschef Björn Höcke machte in seiner Rede im November 2023 klar, was er nach der Machtergreifung in Thüringen als erstes in Angriff nehmen will. „Wir werden einen langen Weg des Aufräumens und des Neuaufbauens gehen“**, kündigt der Nazi an. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der AfD seit jeher ein Dorn im Auge. Deshalb will Höcke den Medienstaatsvertrag kündigen. Stattdessen soll es seinen Plänen zufolge einen sehr stark reduzierten „Grundfunk“ geben, der nicht über einen „Zwangs-

beitrag“, sondern über Steuern finanziert werden soll. Damit wäre der Rundfunk vom Staat abhängig. Zudem will die AfD den Verfassungsschutz in Thüringen umkrepeln. Höcke plant, der Behörde sämtliche Kompetenzen zur Überwachung zu entziehen. Seinem Willen zufolge soll sich der Verfassungsschutz nur noch um Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität kümmern. Gestrichen werden sollen auch Fördergelder für Projekte für Vielfalt und Demokratie. Die AfD will dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus einen Riegel vorschieben.

+ Fazit +

Extrem rechte Parteien sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Sie verhöhn den Leitgedanken in unserem Grundgesetz, dass alle Menschen gleich sind, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Sie schüren Ängste, fördern Hetze und spalten unsere Gesellschaft. Damit bedrohen sie unser friedliches Zusammenleben. Bevor der Rechtsextremist in Hanau am 19. Februar 2020 loszog, um in seinem Hass wahllos neun Menschen mit Migrationsgeschichte zu töten, hatte er in YouTube-Videos unter anderem Reden von Björn Höcke angeschaut.¹⁸ Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch aus politischen Parteien wie Grüne oder Linke bekommen jeden Tag zu spüren, was es heißt, wenn sich rechter Hass in der Gesellschaft breit macht.

Viele fühlen sich in diesem Land längst nicht mehr sicher.

Deshalb sind wir alle gefragt. Auf unsere Stimme kommt es an, bei den Wahlen, aber vor allem jeden Tag: auf der Arbeit und beim Sport, auf Klassenfesten und Betriebsausflügen, bei Familientreffen und an der Supermarktkasse. Nach Kräften gilt es, die Menschenwürde und unsere Demokratie zu verteidigen. Auch Vereine, Organisationen und Verbände sind gefordert, Flagge zu zeigen und Position zu beziehen. Sie müssen die Auseinandersetzung suchen, sich klar gegen Rassismus und Antisemitismus abgrenzen – und deutlich machen, dass die Positionen extrem rechter Parteien unvereinbar sind mit ihren Werten. Fest steht: Nur gemeinsam können wir ihnen etwas entgegensetzen. In unser aller Interesse.

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/hanau-anschlag-102.html>